

## **Begrüßung**

**Aus der Werbewirtschaft kennen wir das Prinzip, ein positiv besetztes Wort inflationär zu nutzen und mit völlig sachfremden Inhalten zu verbinden.**

**Das gleiche versucht die Mehrheit im Bundesrat mit dem Gesetzentwurf, den wir heute in erster Lesung beraten.**

**Die Überschrift des Gesetzes heißt Bürokratiebau. Der Inhalt ist ein anderer, ein ganz anderer.**

**Es geht der Mehrheit im Bundesrat gar nicht um weniger Regelungen, es geht in den meisten Punkten des Gesetzentwurfes nur darum, dass die Bundesländer die Dinge selbst regeln wollen.**

**Darüber kann man ja reden. Aber weniger Bürokratie ist das nicht. Schon gar nicht, wenn die Regelungen von Bundesland zu Bundesland, von Gewerbegebiet zu Gewerbegebiet, kurz von Landesgrenze zu Landesgrenze unterschiedlich sind.**

**Hier ist die Gefahr sehr groß, dass wichtige Regelungen aus Konkurrenzgründen zwischen den Bundesländern verwässert werden.**

**Auch im Bereich des Umweltschutzes hat der Gesetzentwurf der Bundesratsmehrheit keineswegs den Abbau von Bürokratie, sondern nur den Abbau von Umweltschutz zur Folge. Das mag ja erklärtes Ziel von CDU/CSU und FDP sein, dass Sie dabei aber auch bereit sind, am laufenden Band gegen geltendes EU-Recht zu verstoßen und damit saftige Geldstrafen zu riskieren, können Sie weder mir, noch uns, noch den Bürgerinnen und Bürgern erklären. Haben die Bundesländer versteckte Haushaltstöpfe entdeckt, aus denen sie Strafen bezahlen wollen? Wenn ja, sagen Sie uns wo, wir hätten da eine Menge guter Ideen, wie man damit in die Bildung unserer Kinder investiert.**

**Aber zurück zu dem so genannten Bürokratieabbau, der hier betrieben werden soll. An mehr als einer Stelle würden die Vorschläge eher zu mehr Bürokratie als zu weniger führen, so zum Beispiel**

**beim Kreislaufwirtschaftsgesetz oder bei den Vorschlägen zum SGB IV.**

**Am verheerendsten aber wäre dieser Gesetzentwurf der Bundesratsmehrheit im Bereich der Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.**

**Beim Bundesimmissionsschutzgesetz soll die Öffentlichkeitsbeteiligung, sollen die Anhörungsrechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in das Gutdünken der Länder gestellt werden. Ich persönlich habe noch nie etwas davon gehört, dass Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliches sich in Nordrhein-Westfalen anders anfühlen und auswirken als in Bayern oder Berlin.**

**Werfen wir mal einen ganzen oberflächlichen Blick auf diesen Gesetzentwurf: da werden 25 Artikel zur Änderung bestehender Gesetze aneinandergereiht.**

**Sechs dieser Vorschläge stimmt die Bundesregierung zu und sagt zu, diese in zukünftigen Gesetzesentwürfen zu berücksichtigen.**

**Bei drei Vorschlägen wird deutlich, dass diese eher zu mehr Bürokratie als zu weniger führen.**

**Bei vier weiteren Änderungsvorschlägen handelt es sich um solche, in denen Bund und Länder bereits in der Abstimmung bzw. Überprüfung sind, bzw. gerade erst gemeinsam andere Beschlüsse gefasst haben, Beispiel Kreislaufwirtschaftsgesetz.**

**Elf Vorschläge verstoßen gegen EU-Richtlinien und Beschlüsse.**

**Haben Sie mitgezählt? Es bleibt einer! Einer, wo wir tatsächlich anderer Meinung sind als Sie und das betrifft den Jugendarbeitsschutz.**

**Ich denke, allein mit diesem Kurzüberblick auf den Gesetzentwurf wird schon deutlich, was er ist, purer Aktionismus.**

**Ich kann wirklich nur hoffen, dass sich Frau Merkel und Herr Stoiber bis nächste Woche etwas mehr**

**einfallen lassen, wenn Sie mit dem Bundeskanzler auch über Bürokratieabbau reden wollen.**

**Wie geht Bürokratieabbau wirklich?**

**Die Bundesregierung hat mit Ihren Masterplan Bürokratieabbau in einem Jahr bereits mehr als 75 Projekte umgesetzt und dies in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und -instituten. Sie wird dort auch weiter konsequent vorgehen.**

**Im Bereich der Umweltschutzgesetzgebung wäre es aus unserer Sicht eine lohnender Versuch, die vielen Gesetze und Verordnungen in ein stringent und übersichtlich gestaltetes Umweltgesetzbuch zu überführen. Dazu müssten Bundestag und Bundesrat sich verständigen.**

**Ich persönlich könnte sogar auf sehr viele Gesetze und Verordnungen im Umweltschutz verzichten, wenn wir statt dessen für alle Bereiche Grenzwerte festlegen würde und ein verschärftes Haftungsrecht für Umweltsünder und -verschmutzer umsetzen würden. Ich bin überzeugt, dass ein solches**

**Haftungsrecht zu viel mehr Umweltschutz führen  
würde, als jedes Gesetz dies vermag.**